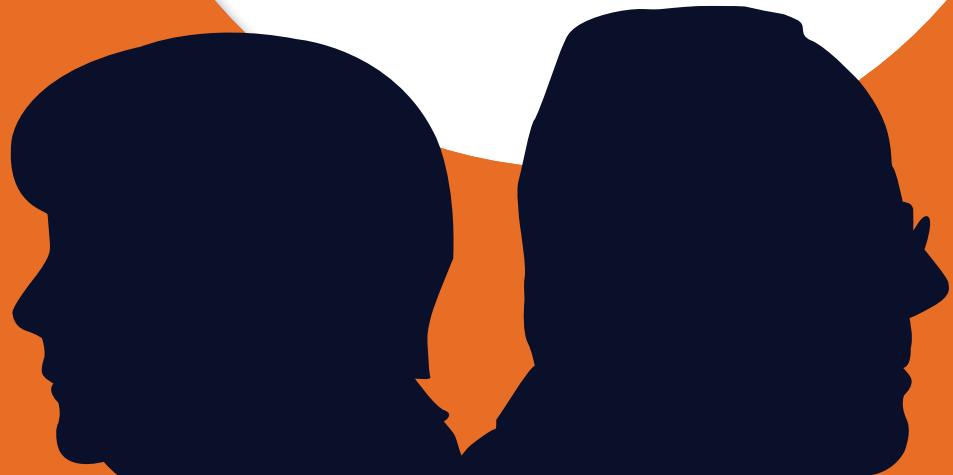


PLASSEN
VERLAG

Wilhelm Heineking

Merk**brück**, was nun?

Antworten auf die dringendsten Fragen
der Deutschen



Mit einem Vorwort von
Dr. Patrick Adenauer

Wilhelm Heineking

Merkbrück, was nun?

Antworten auf die dringendsten Fragen
der Deutschen



Copyright 2013:
© Börsenmedien AG, Kulmbach

Gestaltung und Herstellung: Johanna Wack, Börsenmedien AG
Lektorat: Hildegard Brendel
Korrektorat: Claus Rosenkranz
Druck: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

ISBN 978-3-86470-085-9

Alle Rechte der Verbreitung, auch die des auszugsweisen Nachdrucks,
der fotomechanischen Wiedergabe und der Verwertung durch Datenbanken
oder ähnliche Einrichtungen vorbehalten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

BÖRSEN  MEDIEN
A K T I E N G E S E L L S C H A F T

Postfach 1449 • 95305 Kulmbach
Tel: +49 9221 9051-0 • Fax: +49 9221 9051-4444
E-Mail: buecher@boersenmedien.de
www.plassen.de
<http://www.facebook.com/plassenverlag>

*Gewidmet
der sozialen Marktwirtschaft*

*Die Vision Ludwig Erhards von eigenverantwortlicher Freiheit
sowie die Kraft der Marktwirtschaft
waren für mich Motivation, dieses Buch zu schreiben.*

*Mit der Agenda 2010 hat Gerhard Schröder gegen alle Widerstände
marktwirtschaftliches Denken wiederbelebt.*

*Die Verantwortung für unsere Kinder und Enkel
verlangt eine andere Politik.*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort <i>Dr. Patrick Adenauer</i>	11
Einleitung	15
Die Kanzlerkandidaten	23
1. Grundsätzliches zu Reformen in Deutschland	29
1.1 Eigenverantwortung	30
1.2 „Moral Hazard“	31
1.3 Robuste Systeme	33
1.4 „Agenda 22“	35
1.5 Ludwig Erhard	37
2. Staatsschulden: Die Bedrohung unserer Zukunft – Lösungsansätze	39
2.1 Staatsschulden	40
2.2 Inflationsgefahren	44
2.3 Subventionen	46
2.4 Länderfinanzausgleich	47
2.5 Einsparpotenzial	49
3. Europäische Währungsunion: Ursachen der Krise und ihre Lösung	53
3.1 Die falsche Konstruktion	54
3.2 Griechenlandkrise, Spanien, Italien & Co	58
3.3 Der Fiskalpakt ist Illusion	61
3.4 Die Zukunft Europas	63

4.	Demografischer Wandel: Wie wir das Problem entschärfen können	67
4.1	Das demografische Defizit – die Fakten, die Ursachen und die Folgen	68
4.2	Einwanderung	74
5.	Familienpolitik: Kinder braucht das Land	81
5.1	Ziele einer künftigen Familienpolitik	82
5.2	Weniger Kinder = verheerende Auswirkungen auf unseren Wohlstand	85
5.3	Mit jedem Kind profitiert der Staat	86
5.4	Rentenprobleme	88
5.5	Kinderministerium statt Familienministerium	89
5.6	Von Frankreich lernen	90
5.7	Anreizsysteme für mehr Kinder	92
5.8	Kita-/Betreuungsgeld	95
5.8.1	Kitageld statt Kindergeld	
5.8.2	Tagesmütter	
5.8.3	Kindergarten	
5.9	Die falschen Anreize im Ausbildungssystem	102
5.10	Finanzierung der höheren Ausgaben	103
5.11	Frauen, die stille Reserve unserer Volkswirtschaft ...	103
5.12	Kindergeld	107
5.13	Familiensplitting – Vorschlag für eine moderne Familienbesteuerung	108
5.14	Diskriminierung von Frauen	110
5.15	Relation Rente/Kinder	112
5.16	Babyklappe – Adoptionsrecht	113
5.17	Gesellschaftliches Umdenken fördern, Mutter in jüngeren Jahren werden	114
5.18	Schlussbemerkungen	115

6.	Bildungspolitik: Den Augiasstall ausmisten	117
6.1	Probleme im deutschen Bildungssystem	118
6.2	Andere Länder, Wünsche der Eltern, Ziele	119
6.3	Früh investieren statt später reparieren	121
6.4	Migrantenkinder	122
6.5	Hartz-IV-Empfänger	124
6.6	Fernsehen drückt die Schulleistung	125
6.7	Alleinerziehende Mütter	126
6.8	Die Kultusministerkonferenz demokratisieren	126
6.9	Empfehlung des Sachverständigenrats	128
6.10	Augiasstall Bildungssystem ausmisten	129
6.11	Die Herkules-Methode	130
6.12	Mehr Geld für Bildung	133
6.13	Die Card-Systematik	135
6.14	Studium schneller abschließen	137
6.15	Uni-Cards	138
6.16	Allgemeines zur Struktur eines besseren Bildungssystems	140
6.17	Schlussbemerkung	142
7.	Gesundheitspolitik: Das System heilen	145
7.1	Unser Gesundheitssystem ist falsch konstruiert	146
7.2	Eine Blaupause für ein neues deutsches Gesundheitssystem	156
7.3	Regulierungsbeauftragter, Leistungskatalog	161
7.4	Bonus-/Malussystem	162
7.5	Rechnungen an den Patienten – Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten	164
7.6	Zukünftige Einsparungen	165
7.7	Höhe der Personenpauschale	170
7.8	Die Freiheit des Systems und die Vorteile	171
7.9	Reaktion der Versicherten und Patienten	172
7.10	Die elektronische Patientenakte (EPA)	174
7.11	Patientenverfügung und Organspendeausweis	179
7.12	Zukünftige Einsparungen	179

7.13	Ethische Fragen	181
7.14	Arzneimittel – Pharmaindustrie	183
7.15	Verursachungsgerechte Finanzierung	183
7.16	Das Krankenhaus der Zukunft	186
7.17	Umlagefinanzierung	188
7.18	Krankengeld	189
7.19	Schlussbetrachtungen	189
8.	Arbeitsmarktpolitik: Lösungsvorschlag zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts	193
8.1	Reformbedarf im Arbeitsmarkt	194
8.2	Deutschlands Wirtschaft – gut gerüstet für die Zukunft!	197
8.3	Agenda 2010	198
8.4	Sozialstaat in Schieflage	199
8.5	Änderung des Kündigungsschutzes – beste Voraussetzungen in 2013	200
8.6	Dänisches Arbeitsmodell	202
8.7	Probleme unseres Kündigungsschutzes	203
8.8	Kündigungsschutz von Schwerbehinderten	206
8.9	Warum haben wir Kündigungsschutz?	207
8.10	Beamte	208
8.11	Zeitpunkt für die Änderung des Kündigungsschutzes	209
8.12	Blaupause für ein modernes Kündigungsschutzrecht	210
8.13	Einzelheiten zur neuen gesetzlichen Regelung	213
8.13.1	60-/67-Prozent-Regelung	
8.13.2	Insolvenzklausel	
8.13.3	Optionsrecht der Arbeitnehmer	
8.13.4	Sozialversicherung, Netto auf Brutto	
8.13.5	Regelung für ältere Arbeitnehmer	
8.13.6	Kurzarbeiterregelung	
8.13.7	Kleinbetriebe	

8.13.8	Probearbeitsverträge, befristete Arbeitsverträge	
8.13.9	Betriebsübergang	
8.13.10	Würdigung des vorgeschlagenen Systems	
8.14	Auflösung der Bundesagentur für Arbeit	219
8.14.1	Jobcenter	
8.14.2	Kindergeld	
8.14.3	Insolvenzgeld	
8.14.4	Fortbildungsmaßnahmen	
8.14.5	Sonstige Aufgaben	
8.15	Mindestlohn	221
8.15.1	Gefahren durch Mindestlohn	
8.15.2	Mindestlohn als Systempaket	
8.16	Hartz IV	224
8.16.1	Probleme der Hartz-IV-Regelungen	
8.16.2	Rotterdamer Modell	
8.16.3	Sozialhilfe in New York	
8.16.4	Blaupause für eine Hartz-IV-Reform	
8.16.5	Nur Gemeinden und Städte können Hartz-IV-Empfänger bedarfsgerecht betreuen	
8.16.6	Win-win-Situation für alle Beteiligten	
8.16.7	Ergebnis	
8.17	Schwarzarbeit	236
8.18	Karenztage	238
8.19	Einwanderung in das Sozialsystem	239
8.20	Fördern und Fordern	239
8.21	Wenn nicht heute, wann dann?	240
9.	Steuerpolitik: Ein besseres Steuersystem – schon morgen	243
9.1	Ertragsteuer-Reform	244
9.2	Umsatzsteuer-Reform	250
9.3	Elektronisches Mehrwertsteuererhebungssystem ...	251

10. Rentenpolitik: Mit sechs Fundamenten	
die Renten sichern	255
10.1 Die Problemlage 2013	256
10.2 Der Systemfehler in der Rentenversicherung	258
10.3 Die sechs Fundamente der Alterssicherung	259
10.3.1 Gesetzliche Altersrente	
10.3.2 Beamtenpensionen	
10.3.3 Kinderrente	
10.3.4 Riester-Rente	
10.3.5 Betriebliche Altersversorgung	
10.3.6 Selbstständigenrente	
10.4 Rente mit 67 – Pension mit 70	265
11. Pflegeversicherung: Zukunftsfester finanzieren –	
liebevoller pflegen	267
11.1 Die Entwicklung	268
11.2 Umlagefinanzierung ergänzen	270
11.3 Das Angebot verbessern	271
12. Energiewende: Lösungsvorschlag für ein	
verfahrenes Konzept	273
12.1 Paradoxe Umweltpolitik	274
12.1 Das EEG	277
12.3 Schlussbetrachtung	283
Mut zu Reformen ist gefragt	285
Literaturhinweise	291
Danksagung	297
Über den Autor	301

Vorwort

Dr. Patrick Adenauer

Wieder einmal wird in Deutschland die Gerechtigkeitsdebatte geführt. Durch diverse Studien unterfüttert, liegt der aktuelle mediale und politische Fokus auf der Einkommens- und Vermögenssituation der deutschen Bevölkerung. Zunehmende Armut, auch zunehmender Reichtum – das Auseinanderdriften zwischen „Arm“ und „Reich“ –, aber auch die geringe Aufwärtsmobilität zwischen den Einkommensschichten werden derzeit thematisiert und beklagt. Schon wird der Ruf nach dem Staat laut, der hier regulierend eingreifen und die Verhältnisse wieder angleichen soll. Der Anspruch des Staates, dies zu tun, fällt dabei auf fruchtbaren Boden. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes scheuen sich zunehmend, Eigenverantwortung zu übernehmen. Lieber lassen sie den Staat alles regeln. Werte wie „Gleichheit“, „Gerechtigkeit“ oder „Sicherheit“ genießen mittlerweile ein höheres Ansehen bei der deutschen Bevölkerung als der Wert der „Freiheit“.

Die Politik stellt sich flächendeckend auf diese Haltung der Gesellschaft ein. Schaut man sich die aktuellen Programme der einzelnen Parteien im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl an, so wird deutlich, dass der Wohlfahrtsstaat noch stärker aufgebläht, den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr Verantwortung abgenommen werden soll. Über stärkere Umverteilung soll mehr „soziale Gerechtigkeit“ geschaffen werden.

Für einen Familienunternehmer wie mich, der fest an die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und ihre Werte wie Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung glaubt, ist dies eine grauenvolle Vorstellung. Der Staat wird als alleiniger Heilsbringer angesehen, obwohl er in der Vergangenheit mehrfach bewiesen hat, dass er es nicht besser kann. Ein vermeintliches Mehr an „sozialer Gerechtigkeit“ wird erkauft durch höhere finanzielle Belastungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie durch Schulden auf Kosten der nächsten Generationen. Es wird eine Spirale in Gang gesetzt, die jegliches Wachstum und jeglichen Wohlstand gefährdet. Es wird nur an das „Hier“ und „Jetzt“ gedacht und nicht an das „Danach“. Dieser Weg ist sehr gefährlich, wenn er weiter beschritten wird.

Der Ökonom Milton Friedman hat einmal gesagt: „Nirgends ist die Kluft zwischen Arm und Reich größer, nirgends sind die Reichen reicher und Armen ärmer als in jenen Gesellschaften, die den freien Markt nicht erlauben.“ Der Mann hat recht! Freiheit und Verantwortung sind die beste Sozialpolitik. Kräfte zu entfachen, die den Wohlstand mehren, ist für alle besser, als immer geringer werdenden Wohlstand „gerecht“ zu verteilen. Nicht nur als Familienunternehmer, sondern auch als überzeugter Verfechter der sozialen Marktwirtschaft ist es mir deshalb ein Anliegen, dass wieder mehr Freiheit und mehr Verantwortungsbewusstsein in die Politik Einzug hält.

In dem vorliegenden Buch von Wilhelm H. Heineking wird Bezug auf die kommende Bundestagswahl und die Programme der Parteien und deren Spitzenkandidaten genommen. Der Autor unterbreitet dabei ganz konkrete Vorschläge, wie in einzelnen Politikfeldern wieder mehr Eigenverantwortung, Freiheit und Wettbewerb gelebt werden kann. An die Adresse der Politik gerichtet, ist das Buch eine Handlungsempfehlung, wie am besten auf das Wertefundament der sozialen Marktwirtschaft zurückgekehrt werden kann. Es wäre uns sehr zu wünschen, dass sich die im Wahlkampf duellierenden Parteien die eine oder andere Anregung zu Herzen nehmen. Dem Leser wiederum wünsche ich eine spannende und erkenntnisreiche Lektüre.

Dr. Patrick Adenauer

Köln, Januar 2013

Einleitung

„Ich will schließlich Wahlen gewinnen und nicht den Ludwig-Erhard-Preis“ ist ein Zitat, das Helmut Kohl zugeschrieben wird. Unseriöse – und dazu gehören schuldenfinanzierte – Wahlversprechen zu brandmarken, ist Thema dieses Buches. Diese Wahlversprechen werden den Wählern europaweit gemacht – ohne Rücksicht auf Verluste, also auf die Kosten, die damit verursacht werden.

Die jüngsten Beispiele von Wahlgeschenken finden wir bei der SPD mit dem Beschluss zur Rentenreform vom November 2012 (Kosten: rund 14 Milliarden Euro), bei der CDU-CSU/FDP mit dem Gesetz zum Betreuungsgeld mit Kosten in Höhe von ca. 2 Milliarden Euro und bei der FDP mit der Mehrwertsteuersenkung für Hotels Anfang des Jahres 2010 – Kosten: ca. 1 Milliarde Euro. Gerade versprechen die Grünen eine Garantierente für Niedriglohnempfänger, wofür 30 Milliarden im Jahr 2030 zu veranschlagen sind.¹

Die Wahlgeschenke, die Parteien der europäischen Wohlfahrtsstaaten ihren Wählern regelmäßig machen, sind die eigentliche Ursache hinter der Krise der Europäischen Währungsunion. Sie summieren sich zu einer nicht mehr finanzierbaren Last. Jeder Kanzlerkandidat verspricht Wahlgeschenke. Leichtfertig werden sie dann nach der Wahl von der gebildeten Koalition beschlossen und kaum eine Regierung ist in der Lage, einmal verteilte Präsente wieder zurückzunehmen.

Die Schulden in Deutschland steigen von Jahr zu Jahr. Unsere Kinder werden diese Schulden abtragen müssen. Die Verantwortung gegenüber den uns nachfolgenden Generationen gebietet es, dass wir das Schuldensmachen stoppen. Jeder private Haushalt, jeder Unternehmer weiß, dass er nur so viele Schulden aufnehmen darf, wie er auch zurückzuzahlen kann. Warum gilt das nicht für Politiker?

Wir als Bürger tragen nicht nur die Verantwortung, die Kanzlerkandidaten auf zukunftsfinanzierte Wahlversprechen hinzuweisen, sondern auch dafür, heute mögliche Einsparungen und Verschwendungen aufzuzeigen. Dabei geht es nicht um einen möglichen Subventions- oder Bürokratieabbau. Das sind „Peanuts“ im Vergleich zu den mehreren Hundert Milliarden, die falsch konfigurierte Systeme verschlingen.

Als Unternehmensberater hat man ein Gespür für Einsparpotenziale. Ohnmächtig sieht man mit an, wie Regierungschefs Milliarden zu viel ausgeben oder Milliarden nicht einsparen. 1997 habe ich in einem Mandantenbrief geschrieben:

„Die Zukunft Deutschlands beunruhigt mich zutiefst: Wir haben immer mehr Arbeitslose – und können dies ändern; wir haben immer mehr Müll – und können dies ändern; wir haben zu hohe Unternehmenssteuern – und können dies ändern; wir haben eine immer höhere Verschwendug sozialer Leistungen – und können dies ändern; wir haben eine immer höhere Staatsverschuldung – und können dies ändern; wir bekommen vermutlich eine viel zu aufwendige Pflegeversicherung – und können dies ändern; wir haben eine immer größere Politikverdrossenheit – und – können wir dies ändern? Zu allen vorgenannten Themen gibt es griffige Lösungskonzepte. Ich möchte die Änderungen mit anschieben. Meine Ohnmacht, nicht handeln zu können, macht mich zutiefst unzufrieden.“

Heute, gut 15 Jahre später, sind neue Probleme hinzugekommen, einige sind drängender geworden. Eines ist so erdrückend geworden, dass es unsere gesamte Zukunft gefährdet, wenn es nicht gelöst wird: der Euro! Diese Probleme sind aber lösbar, auch das Euro-Problem. Es ist die Pflicht jedes Einzelnen von uns, sie beim Namen zu nennen und nach Lösungen zu suchen. Die Modelle, die in diesem Buch skizziert werden, sind praktikable Lösungen und zum Teil eins zu eins umsetzbar.

Die Verantwortung für unsere Zukunft treibt mich an. Wir können die Lösungsschritte wie ein Architekt planen. Wir können das fertige Haus nicht nur beschreiben, zeichnen und sehen, wir können die Kosten und die Einsparungen exakt berechnen. Wir können den Fertigstellungstermin nennen – und das Wichtigste: Wir haften für unsere Planung. Ich gehe mit all dem, was ich auf den folgenden Seiten detailliert beschreibe, in Haftung. Und ich bin bereit, mit den Bedenkträgern darüber zu streiten.

Meine Absicht ist es nicht, den Regierenden oder Kanzlerkandidaten ihr Gewissen vorzuhalten. Ich will nicht lamentieren, nicht auf unsinnige Gesetze hinweisen, nicht zu hohe Subventionen aufzählen. Das Aufspüren von Schwachstellen dient ausschließlich dazu, die Notwendigkeit einer Reform offenkundig zu machen. Ich erkläre dem „Patienten“, welche Operationsmethode zur Gesundung führt. Dies ermutigt mich, nach jeder gründlichen „Anamnese“ die Kanzlerkandidaten mit der nebenstehenden stereotypen Frage zu konfrontieren:

*Werden Sie
nach der Wahl
dafür sorgen,
dass ...*

Wir alle können immer und überall diese Fragen stellen und damit Wahlversprechen einfordern.

Die Antworten auf diese Fragen sollten lauten:

Ja, wir können ...

- die Staatsschulden abbauen
- die Bildung wesentlich verbessern
- die Zahl der neugeborenen Kinder erhöhen
- das Gesundheitssystem kurieren
- den Kündigungsschutz reformieren
- Hartz-IV-Empfänger in Arbeit und Lohn bringen
- die Pflegeversicherung „nachhaltig“ finanzieren
- die Steuern senken
- die Renten zukunftsfähig machen
- und als Wichtigstes: Deutschland in Europa zu einem gesunden Währungssystem verhelfen

Wir können dies und wir können dies alles gleichzeitig. Technisch machbar? Ja! Finanzierbar? Ja! Sozial vertretbar? Uneingeschränktes Ja! Wann? Morgen! Politisch machbar? Aber ja! Politisch realistisch? Es kommt auf den zukünftigen Kanzler / die zukünftige Kanzlerin an! Die Zahl der Bedenkenträger und Lobbyisten ist groß.

Die Rahmenbedingungen für einen „Big Bang“ waren nie so günstig:

- Der Schuldenstand ist gigantisch. Die Schulden nehmen täglich zu. Die Schuldenbremse soll ab 2016 wirken, aber es fehlen der Plan und der Glaube, wie.
- Die Angst wächst, dass die Schulden nur durch Inflation getilgt werden.
- Der Arbeitsmarkt ist 2012/2013 dank guter Konjunktur leergefegt. Es werden dringend Arbeitskräfte gesucht. Die Bevölkerung reagiert unwillig auf die nicht arbeitenden Hartz-IV-Empfänger.
- Die Sozialsysteme werden zunehmend unfinanzierbar.
- Die Erkenntnis macht sich breit, dass die demografische Entwicklung zu einem Ruin der Renten- und Pflegeversicherung und der Staatsfinanzen führen wird.
- Es regt sich Unwillen in der Bevölkerung gegen die Finanzierung der Schulden der Europäischen Währungsunion.
- Frau Merkel hat nur die Alternative, einen Neustart mit einer reformorientierten Zukunftspolitik zu wagen.
- Peer Steinbrück hat (nur dann) die Chance, Kanzler zu werden, wenn er den Wählern keine neuen sozialen Wohltaten verspricht, sondern eine sozial ausgewogene, aber an marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtete und finanzierbare Zukunft verspricht.

*Werden Sie als
Kanzler sowohl den Mut
als auch die Kraft haben,
grundlegende Reformen gegen
den Widerstand der Lobby-
isten und Bedenkenträger
durchzusetzen?*

Die optimalen Voraussetzungen für einen Neustart werden nach der Wahl gegeben sein: Sollte Frau Merkel noch einmal die Kanzlerschaft übernehmen, ist nach allen Erfahrungen in der Demokratie eine dritte Wahlperiode von 2017 an nicht mehr möglich. Also kann sie alles auf eine Karte und sich mit Reformen ein Denkmal setzen. Sollte Peer Steinbrück gewinnen, hat er nur zwei Chancen: Er kann Jahrhundertkanzler der Reformen werden oder er wird wegen der

Umsetzung von unfinanzierbaren zusätzlichen sozialen Vergünstigungen wieder abgewählt.

1949 sagte der damals amtierende Präsident der OEEC², der niederländische Außenminister Dirk Stikker: „Europa sieht sich dem Bankrott Westdeutschlands gegenüber. Westdeutschlands Zukunft ist daher sehr zweifelhaft. Eine Inflation wie nach dem Ersten Weltkrieg steht meiner Meinung nach unmittelbar bevor.“ Ludwig Erhard hielt dagegen und sagte in einer Parteitagsrede: „Nur eine kühne Politik verheißt in solcher Lage Erfolg.“ Solche Sätze auszusprechen zu einem Zeitpunkt, als alle Preise von Tag zu Tag stark stiegen, als die Außenhandelsbilanz sich immer ungünstiger gestaltete, war nur aus dem Bewusstsein der Richtigkeit der Marktwirtschaft möglich.

Wir können die Änderung der bestehenden Systeme nur erreichen, wenn wir Kühnheit, Mut und die Kraft zu einer grundlegenden Änderung der Systeme haben. Wir können die Änderung nicht mit den bisherigen Denkmodellen bewerkstelligen. Vermutlich können wir sie nicht einmal mit den derzeitigen Politikern umsetzen. Das, was wir brauchen, sind mutige, junge Politiker, die den zukünftigen Kollaps der Rentenversicherung und der Sozialsysteme stellvertretend für die junge Generation verhindern, die das antiquierte Bildungssystem in Deutschland in ein befriedigendes verändern wollen und die ihren Wunsch nach mehr Kindern wahr machen wollen, ohne sich von Lobbyisten und Bedenkenträgern aufhalten zu lassen.

Der Druck, den die Bevölkerungsentwicklung auf unser Sozialsystem ausübt, steigt unaufhörlich: Der Satz „Die Rente kommt vom Staat“ gilt ebenso wenig wie „Der Strom kommt aus der Steckdose“.

Die Politiker aller Couleur erklären, dass wir zur Verringerung der Staatsschulden nur die Wahl zwischen Pest und Cholera haben. Pest heißt, wir können entweder die Steuern immer weiter erhöhen oder die Sozialleistungen immer weiter verringern, wie dies unter der Regierung von Gerhard Schröder und der Großen Koalition mit der Verringerung des Rentenanspruchs auf 43 Prozent begonnen wurde. Cholera bedeutet, der Staat lässt eine jährliche hohe Inflation zu mit

der Folge, dass alle Sparguthaben vernichtet werden und die Renten massiv an Wert verlieren. Die derzeitigen Politiker, ganz gleich, ob von Rot, Gelb, Grün oder Schwarz, haben nur diese beiden Handlungsalternativen im Köcher.

Frau Merkel nennt als dritten bzw. einzigen Weg: Wachstum. Dieser Weg ist richtig, aber er ist unsicher. In der Finanzmarktkrise haben wir gesehen, wie schnell Wachstum schrumpfen kann. Jedes Land will Wachstum. Nur Sieger schaffen Wachstum. Die Politik kann kein Wachstum erzeugen. Wachstum kann nur die Wirtschaft erzeugen. Ohne eine Änderung der Rahmenbedingungen auf Wachstum zu setzen, ist wie Lottospielen.

Es gibt einen anderen, einen besseren Weg, um unsere Volkswirtschaft dauerhaft gesunden zu lassen. Der größte Reichtum der Bundesrepublik liegt in unseren Sozialsystemen. Seit den 70er-Jahren hat sich ein Wohlfahrtsstaat von ungeheuren Ausmaßen entwickelt. Wir haben uns alle an einen späten Berufseintritt und die Frühverrentung gewöhnt. Wir haben uns an die Unterstützung von vielen Millionen nicht arbeitenden Menschen und an eine riesige Verschwendug im Gesundheitswesen gewöhnt. Wir verschenken durch Verschwendug jedes Jahr Zigmilliarden Euro (vgl. Tab. 2.2). Einfach ausgedrückt: Wir sind zu fett geworden. Wenn wir wieder schlank sind, sind wir gesünder!

Austeritätspolitik, also eine strenge Sparsamkeit, hat negative Nebeneffekte, wie wir gerade in den südeuropäischen Ländern erleben. Der richtige Weg zu einer dauerhaften Gesundung ist ein chirurgischer Eingriff in unseren Wohlfahrtsstaat, ähnlich wie es andere Regierungen bereits vorgemacht haben.

*Werden Sie nach
der Wahl dafür sorgen,
dass der Sozialstaat
zugunsten der Staats-
schulden schlanker wird?*

Wenn ja, wie?

*Werden Sie
nach der Wahl den Willen
und den Mut dazu haben,
für eine finanziell
gesündere Zukunft große
Umstrukturierungen
anzustoßen?*

Chirurgischer Eingriff heißt nicht: Hartz IV, Gesundheitsleistungen und Renten kürzen. Chirurgischer Eingriff in unseren Wohlfahrtsstaat heißt, ihn anders strukturieren, heißt, die Systeme umzubauen. Unser Sozialstaat ist im Wesentlichen so aufgebaut, dass er hilft, ohne Gegenleistungen zu fordern. Er setzt keine Anreize für sparsames Verhalten. Umstrukturieren heißt fordern und fördern; Anreize erzeugen, um sparsam mit den Vergünstigungen umzugehen.

1) *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 30.11.2012, S. 15

2) Organisation for European Economic Co-operation; Vorläufer der Europäischen Union

Es wäre uns sehr zu wünschen, dass sich die im Wahlkampf duellierenden Parteien die eine oder andere Anregung zu Herzen nehmen.

– Dr. Patrick Adenauer

Welche Konstellation wird uns nach der Bundestagswahl regieren? Schwarz-Gelb? Rot-Grün? Große Koalition? Ampel? Jamaika? Für Wilhelm Heineking steht fest: Ganz egal, wer aus der Wahl als Sieger hervorgeht – es müssen substanzelle Reformen umgesetzt werden.

Heineking begibt sich auf alle politischen Themenfelder und legt den Finger in die Wunden. Ohne Rücksicht auf politische Farbenlehre oder „heilige Kühe“ zeigt er, wohin die Reise in der Bildungs-, Familien-, Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik gehen muss, um Deutschland zukunftsdest zu machen.

Statt unrealistischer und unfinanzierbarer Wahlversprechen, die die Probleme den kommenden Generationen aufbürden, sind vielmehr endlich wahrhaft große Würfe gefragt. Heineking kondensiert seine Analysen in Fragen an Merkel und Steinbrück – Fragen, die ganz konkrete Antworten einfordern.

Ein leidenschaftliches Plädoyer für eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Politik.

ISBN: 978-3-86470-085-9



9 783864 700859

www.plassen.de